

Mo., 23.6.2003

Bei den Behörden wächst das Verlangen nach Linux

Von Kai Beller, Hamburg

Das Computer-Betriebssystem Linux erfreut sich in der öffentlichen Verwaltung wachsender Beliebtheit. Immer mehr Behörden sind an einem Umstieg auf die frei verfügbare Software interessiert.

Mehr als 500 Behörden aus Bund, Ländern und Gemeinden sind an einem Umstieg auf Linux interessiert. Diese Bilanz zogen Bundesinnenminister Otto Schily und der IBM-Aufsichtsratsvorsitzende Erwin Staudt am Montag in Berlin nach einem Jahr eines Kooperationsabkommens zwischen dem Ministerium und dem IT-Konzern IBM. Ziel des Abkommens ist es, so genannte Open-Source-Software in der Verwaltung zu fördern. Bislang dominiert in den Behörden das Betriebssystem von Microsoft.

Bekannteste Beispiel für Open-Source-Software ist das freie Betriebssystem Linux. Open Source (offene Quelle) bedeutet, dass der Kern des Programms kostenlos verfügbar ist und den eigenen Bedürfnissen angepasst werden kann. Programmierer arbeiten weltweit gemeinsam an der Software, um sie zu verbessern und weiterzuentwickeln. Hersteller wie Microsoft verbieten dagegen den öffentlichen Zugriff auf den Quellcode ihrer Software. Konkurrent IBM gehört dagegen zu den prominenten Linux-Förderern. Das Unternehmen will mit Dienstleistungen rund um das Betriebssystem Geld verdienen.

Großer Andrang

Schily und Staudt würdigten den Rahmenvertrag, der den Behörden günstige Konditionen bietet, als "Meilenstein" und "großen Erfolg". Der Andrang sei so groß, dass die Anträge nun auch online angeboten werde, sagte Schily. In der Bundesverwaltung seien bereits etliche Behörden auf freie Software umgestiegen. "Das Kartellamt, die Monopolkommission, der Bundesbeauftragte für Datenschutz und die Tierzuchtversuchsanstalt haben beispielsweise ihre IT-Infrastrukturen ganz oder teilweise auf Linux und andere Open-Source-Produkte umgestellt", sagte Schily.

Staudt glaubt, dass die Entscheidung der Stadt Schwäbisch Hall auf eine vollständig Linux-basierte IT-Infrastruktur zu setzen, sowie das Ja der Stadt München für die freie Software Zeichen setzen. Das Beispiel Schwäbisch-Hall zeige, dass durch den Umstieg auf Linux dauerhaft Kosten für Softwarelizenzen eingespart werden können. Dadurch seien finanzielle Mittel für eine Erneuerung der IT-Infrastruktur und für die Einführung von der elektronischen Verwaltung frei.